

didaktisches
FORUM

Im Jahr 2006 trat der Eutiner 'Arbeitskreis 27. Januar', eine Initiativgruppe, die sich mit Re-kurs auf den Auschwitz-Gedenktag gegründet hat und alljährlich Aktivitäten des NS-Gedenkens entfaltet, an das 'Institut für Zeit- und Regionalgeschichte' (IZRG) in Schleswig mit der Anfrage heran, ob diese Einrichtung der Universität Flensburg bei der Auswertung einer vom Arbeitskreis initiierten und 2005/06 durchgeführten Umfrage unter Schülerinnen und Schülern im Kreis Ostholstein beratend zur Seite stehen könne. Das IZRG, vertreten durch die beiden Autoren dieses Beitrags, übernahm tatsächlich die technische Umsetzung der elektronischen Erfassung der Fragebögen in eine Datenbank¹ und eine vorsichtige, verknüpfende Auswertung. Damit begann eine Geschichte, die erst 2009 ihren Abschluss fand.

Schülerumfrage des Eutiner 'Arbeitskreises 27. Januar'. Der Arbeitskreis hatte zwei unterschiedliche Fragebögen erstellt und verwendet: Fragebogen 1 wendete sich an Schülerinnen und Schüler unter 15 Jahren der Klassen sieben bis zehn verschiedener Schultypen, Fragebogen 2 an Schülerinnen und Schüler über 16 Jahren der Kreisberufsschule, der Polizeischule Eutin und des Johann-Heinrich-Voss Gymnasiums, ebenfalls in Eutin. Insgesamt lieferte die Umfrage 2.784 Fragebögen, wobei der Schwerpunkt auf Gruppe 1 (2257 zu 527 der Gruppe 2) lag.

Erklärte Absicht des Arbeitskreises war es gewesen, sich mit Hilfe der Umfrage einen Überblick über den Wissensstand Jugendlicher bezogen auf die NS-Zeit zu verschaffen und diese Erkenntnisse mit den Einstellungen der Jugendlichen zu historisch-politischen Fragen zu verknüpfen. Im Kern ging es den engagierten Initiatoren um die Frage, ob die Befragten die Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit – das erklärte Ziel auch des Arbeitskreises – für sinnvoll erachteten. Als weiteres Erkenntnisinteresse galt die Frage nach der 'Wirksamkeit' (zeit-)historisch-politischer Bildung an den Schulen: also die Frage, ob die Vermittlung von Wissen über die NS-Zeit in die 'richtigen', d.h. demokratischen Einsichten münde.

Schon an dieser Stelle müssen wir einflechten, was wir den Vertretern des Arbeitskreises auch sogleich mitteilten: Dass nämlich der durch empirische fachdidaktische Untersuchungen stabile wie unerbauliche Nachweis vorliege, kognitives Geschichtswissen schütze vor gar nichts, jedenfalls, wie der Hamburger Geschichtsdidaktiker und Autor mehrerer bedeutender empirischer Studien zum Geschichtsbewusstsein und zum Geschichtswissen von Schülerinnen und Schülern, Bodo von Borries, erklärt, fehle leider „jeder positive Zusammenhang von 'Kopf' und 'Herz'“.² Mit anderen Worten: Gute historische Informiertheit produziert noch nicht Demokratieinsicht oder gar einen Hang zu Solidarität mit Gejagten. Zwischen Wissen und Einstellungen oder gar Handlungen besteht kein klarer Zusammenhang. – So jedenfalls unser bisheriges Wissen.

**Uwe Danker
Sebastian Lehmann:
Geschichtskennnisse,
Polizeischüler
und Rechts-
extremismus
Oder: Wie Ostholstein gleich
zwei Umfragen erlebte**

¹ Auf der Basis von FilemakerPro.

² Bodo von Borries; Rainer H. Lehmann: Geschichtsbewußtsein Hamburger Schülerinnen und Schüler 1988. Empirische Befunde einer quantitativen Pilotstudie. In: Bodo von Borries; Hans-Jürgen Pandel; Jörn Rüsen (Hrsg.): Geschichtsbewußtsein empirisch. Pfaffenweiler 1991, S. 121-220, hier S. 157.

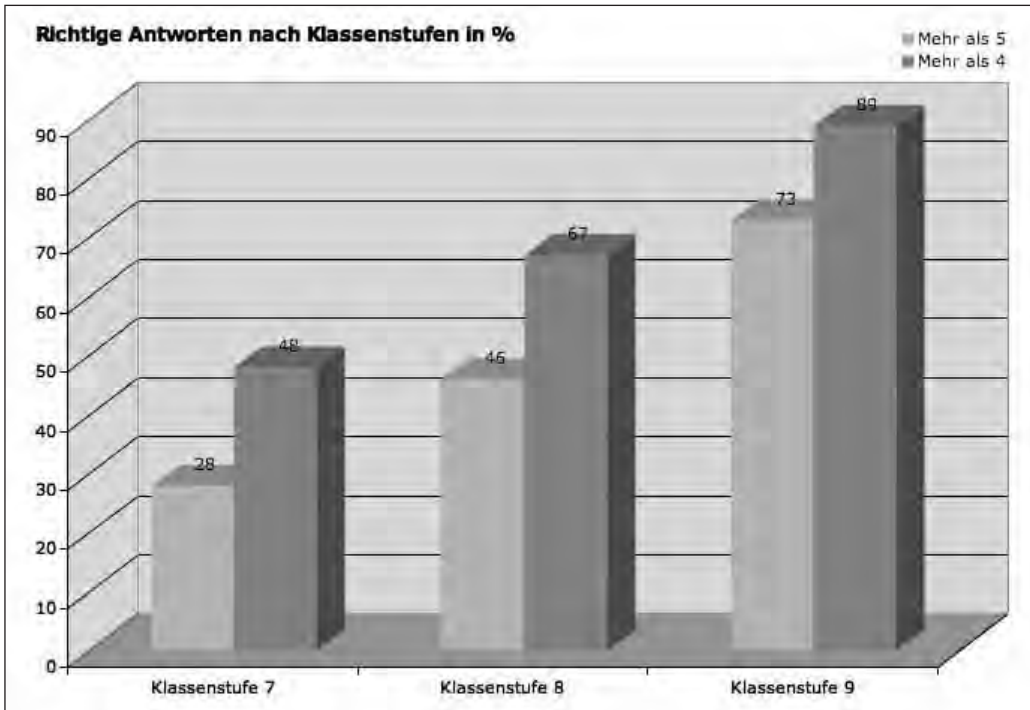
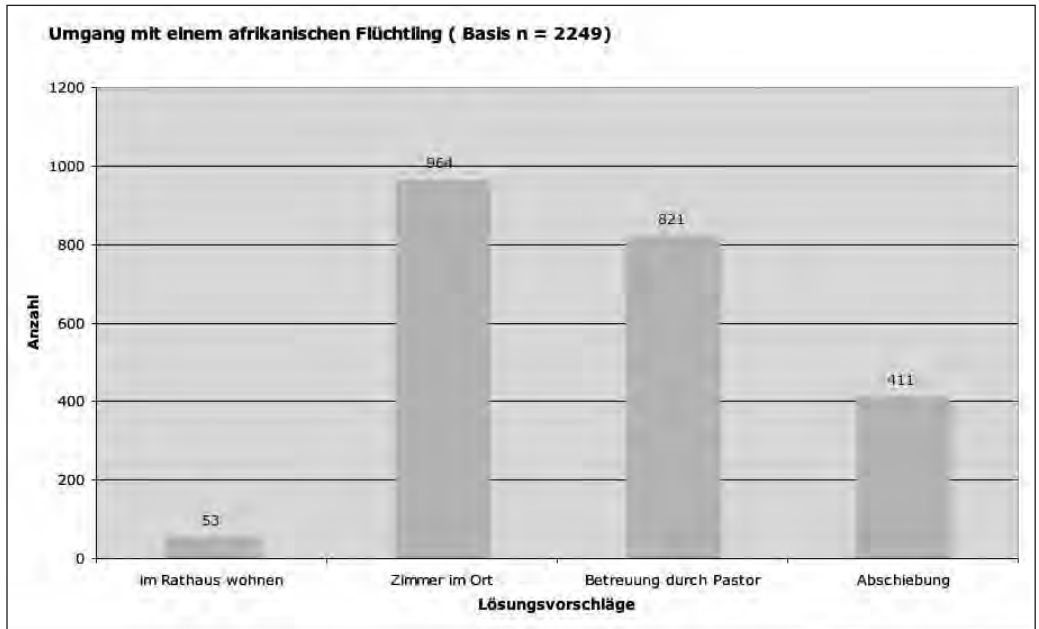


Abbildung 1

3 Die unterschiedliche Konzeption der Fragebögen steht einer Vergleichbarkeit entgegen. Das gilt sowohl für die Auswahl der Stichprobe als auch für die Fragestellungen. Die Gruppen 1 und 2 sind nicht ohne weiteres vergleichbar. Erkenntnisse sind nicht von einer Gruppe auf die andere übertragbar. Gruppe 1 war zwar eine sehr große Stichprobe, nämlich mehr als 16 Prozent aller Schülerinnen und Schüler an Gymnasien, Gesamt-, Haupt- und Realschulen des Kreises Ostholstein; mit 40 beziehungsweise 44% waren jedoch Haupt- und Realschülerinnen gegenüber 15 Prozent Gymnasiasten überrepräsentiert. Im Kreis Ostholstein betrug der Anteil der HS 22%, RS 36% und der Gy 38%. Vgl. Statistischer Bericht B 11 – j/05 S, Teil 1 (8. Juni 2006) des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein: Die allgemein bildenden Schulen in Schleswig-Holstein, S. 11, 17, 19, 21. Dies gilt es bei der Auswertung der Gesamtgruppe zu beachten. Bei Gruppe 2 ist eine Repräsentativität der Stichprobe für Schüler/innen der Altersgruppe über 16 Jahren nicht ableitbar.

Auch methodisch mussten wir eine Reihe an Vorbehalten gegenüber dieser – von sehr engagierten Laien entwickelten – Umfrage formulieren.³ Hinzu kam, dass sich die Fragen der Gruppe 1 und 2 in Inhalt, Anlage und Form stark unterschieden. Komparatistische Betrachtungen waren nur in sehr eingeschränkter Form möglich. Gleichwohl lohnte bei dieser Datenmenge und den Fragestellungen, die in der Verknüpfung teilweise Spannendes versprachen, die Auswertung. Mit Abstrichen seien also einige Ergebnisse vorgestellt.

Insgesamt zeigten die jüngeren Schülerinnen und Schüler ein relativ hohes Wissensniveau mit erwartbaren Abstufungen nach Alter, Klassenstufe und Schulart (Abb.1). Sogleich aber zu den erhobenen Meinungen und Einstellungen: Für das folgende ‘Problem’ „Ein afrikanischer Flüchtling ist in deinen Heimatort gekommen. Was soll mit ihm geschehen?“ wurden im Fragebogen der unter 16-jährigen folgende Lösungen angeboten: „Er kann im Rathaus wohnen. Er bekommt ein Zimmer bei uns im Ort. Er wird nach Afrika zurückgeschickt. Der Pastor soll sich um ihn kümmern.“ Hinsichtlich der abgestuften Lösungsvorschläge zeigte sich, dass immerhin fast ein Fünftel aller Befragten eine Abschiebung befürwortete, sich aber etwas weniger als die Hälfte für die Unterbringung in einem eigenen Zimmer im Ort aussprach (Abb.2). In Deutschland wohnende Ausländer als Grund für Lehrstellenmangel wollte etwas mehr als jeder Vierte als Grund gelten lassen, womit man in etwa im westdeutschen Trend lag, nach dem etwa 28 Prozent der Befragten einer Em-



nid-Untersuchung 1998 der Aussage zustimmten, dass „Ausländer unsere Arbeitsplätze“ wegnähmen.⁴ Gestaffelt nach Schulformen stimmten vergleichsweise mehr Hauptschüler (32) als Realschüler (24) und Gymnasiasten (25 Prozent) zu, was man aber mit dem Grad der Betroffenheit erklären könnte.

Abbildung 2

Auffällig ist der hohe Anteil von Antworten, die Bedenken gegen Ehen mit Fremden beinhalteten: 21 Prozent aller jungen Schülerinnen und Schüler kreuzten an, Bedenken gegen eine Eheschließung zwischen einer jungen Frau mit einem Juden zu haben; das ist eine klare antisemitische Tendenz. Sogar 26 Prozent hätten Bedenken bei einer Eheschließung mit einem Araber – da scheint der 11. 9. 2001 zu wirken –, immerhin noch 10 Prozent bei einer Ehe mit einem Farbigen. So äußern sich schon manifeste Vorurteile. Aber ihre Interpretation steht auf einem anderen Blatt. Denn andererseits hielten nur 19 Prozent aller befragten jungen Schülerinnen und Schüler Sondergesetze für Ausländer für angemessen; 64 Prozent dagegen sagten eindeutig „nein“ dazu.

Auch die älteren Schülerinnen und Schüler der Kreisberufsschule, der Polizeifachschule Eutin sowie des Johann-Heinrich-Voss-Gymnasiums in Eutin, im Mittel übrigens volljährig (18,4 Jahre), legten ein verhältnismäßig großes Wissen an den Tag – soweit sich dies mit dem vorliegenden Fragebogen messen ließ. Gerade die Polizeischülerinnen und -schüler, die rund ein Drittel der Befragten ausmachten, schnitten in einigen Fragen erkennbar besser ab.

In erster Linie interessierten auch in der Umfrage bei den Älteren die Haltungen und Einstellungen. Auf die Frage: „Welche Bedeutung hat das Thema Nationalsozialistische Diktatur für mich?“ wählten 81 Prozent als Antwort: „Ich halte das Thema für sehr wich-

⁴ Vgl. Der Spiegel Nr. 13 (1998), S. 69.

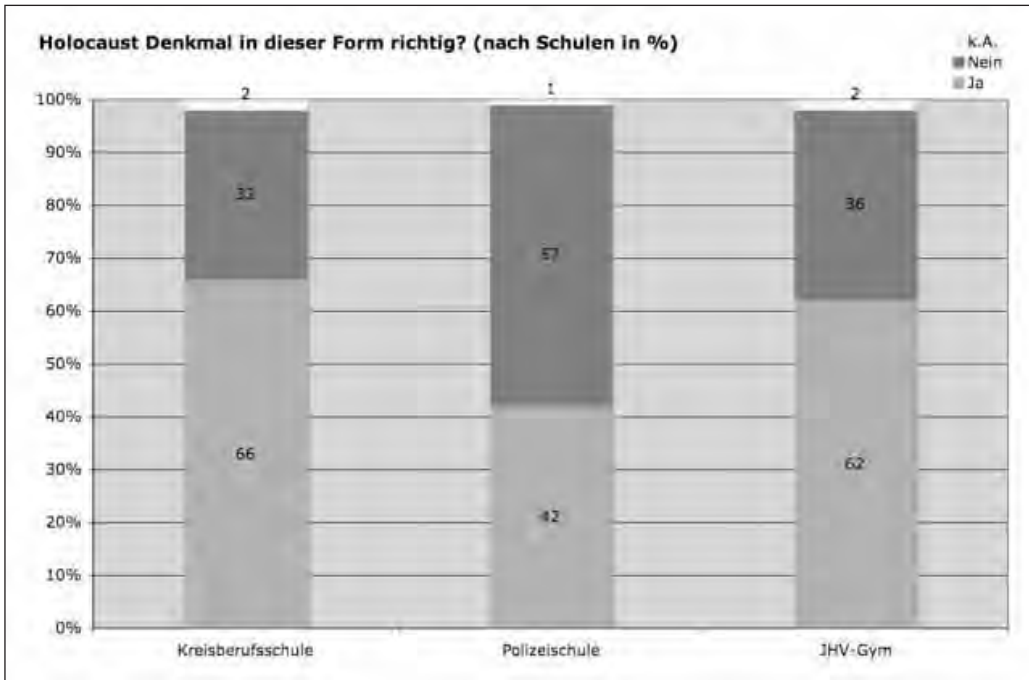


Abbildung 3

tig“. Es scheint, als habe das hohe Maß an Beschäftigung mit dem Thema in Massenmedien, Umfeld und Schule nicht den Effekt, dass die Befragten sich davon abwandten oder distanzierten. Die Frage, ob das Holocaust-Denkmal – das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ – in dieser Form richtig sei, antworteten knapp 60 Prozent mit „Ja“. Damit lagen die Ergebnisse nur unerheblich unter den Zustimmungswerten von knapp 63%, die Infratest Sozialforschung im Jahr 2002 ermittelte für die Aussage: „Ich begrüße das Holocaust-Denkmal in Berlin.“⁵

Bei allen Bedenken hinsichtlich der Vergleichbarkeit der beiden unterschiedlichen Fragebögen kam unsere verschiedene Fragekomplexe verknüpfende Auswertung für beide Befragungen zumindest in der zentralen Frage, ob historisch-politische Bildung einen unmittelbaren Zusammenhang mit politischen Haltungen hat, zu dem gleichen Ergebnis: Es besteht kein unmittelbarer Zusammenhang. Damit wurde, erwartungsgemäß, der abgesicherte Befund von von Borries bestätigt. – Die Fragen, ob denn guter Geschichtsunterricht über die NS-Zeit und ob außerschulische Vermittlungsarbeit etwa von Gedenkstätten oder Initiativen wie dem Eutiner ‘Arbeitskreis 27. Januar‘ im Sinne der Aufklärung überhaupt wirkten, sind an anderer Stelle diskutiert worden.⁶

Etwas anderes wurde für uns wichtiger, weil es so augenfällig, so unübersehbar schien: Mit Hinblick auf die vorangestellten Fragestellungen eher nebensächlich, gleichwohl jedoch bemerkenswert und auffällig erschienen die Daten, wenn sie nach den einzelnen Schulen aufgeschlüsselt wurden. Denn die Polizeidirektion Aus- und Fortbildung der Landespolizei Schleswig-Holstein (im Folgen-

⁵ Vgl. Reinhard Wittenberg; Manuela Schmidt: Antisemitische Einstellungen in Deutschland in den Jahren 1994 und 2002. Ein Vergleich zweier Studien des American Jewish Council, Berlin. Arbeits- und Diskussionspapiere 2003-4. http://www.sozioogie.wiso.uni-erlangen.de/publikationen/a-u-d-papiere/a_03-04.pdf (Stand 12. Februar 2007).

⁶ Vgl. z.B.: Uwe Danker: Eintragungen. Ein Gästebuch, der Aufklärungsanspruch und die Grenzen der Geschichtsvermittlung. In: Klaus R. Schroeter; Monika Setzwein (Hrsg): Zwischenspiel. Festschrift für Hans-Werner Prahl zum 60. Geburtstag. Kiel/Köln 2004, S. 55-72.

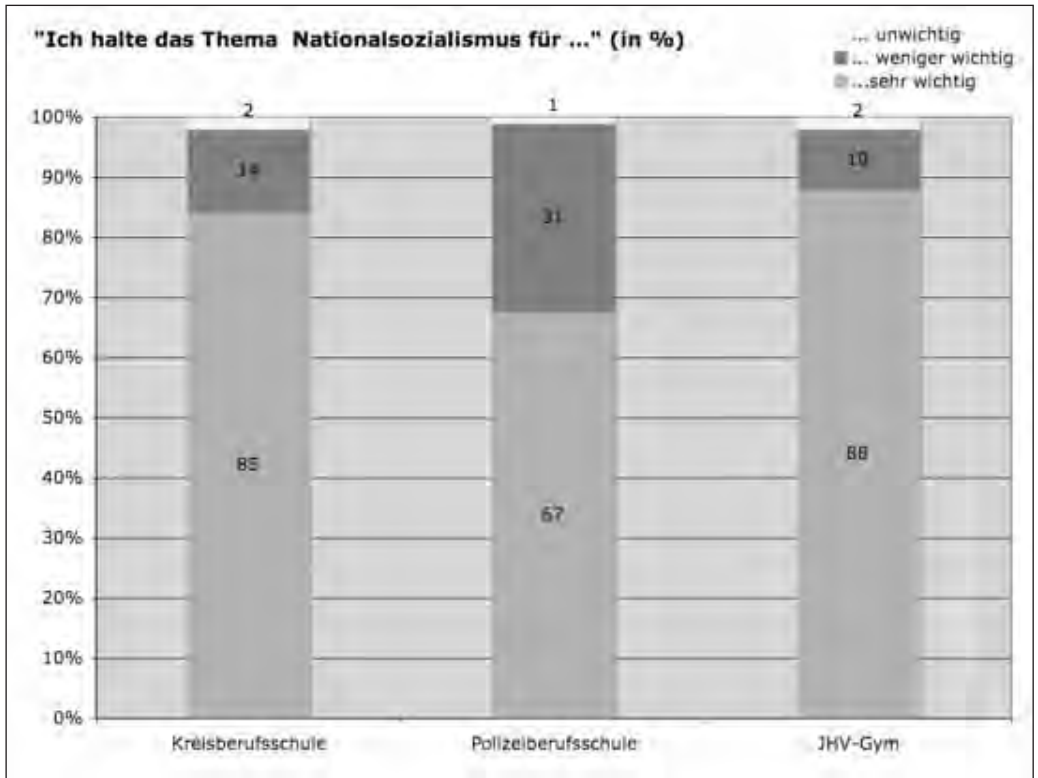


Abbildung 4

den auch: Polizeifachschule Eutin bzw. Polizeischüler und -schülerinnen bzw. Auszubildende der Polizeidirektion) zeigte eine deutliche Distanz zur Errichtung des Holocaust-Denkmal (Abb. 3). Und in der Tat schienen sich Polizeischülerinnen und -schüler auch sonst in ihren Haltungen signifikant von den anderen beiden Gruppen zu unterscheiden: So sahen nur wenig mehr als die Hälfte der Befragten der Polizeiberufsschule in rechtsradikalen Parteien eine Gefahr für die Demokratie – gegenüber drei Viertel der übrigen Befragten. Ein ähnlicher Trend zeigt sich bei der Einschätzung der Relevanz des Themas Nationalsozialismus (Abb. 4): Auch hier lagen die Unterschiede bei nahezu 20 Prozentpunkten!

Kurzum: Auch wenn Binnenvergleiche aufgrund der unterschiedlichen Gruppengrößen nur begrenzt möglich waren und auch sonst manches an der Umfrage methodisch nicht einwandfrei war, ließ sich bei den Schülerinnen und Schülern der Polizeischule Eutin ein eindeutig abweichendes Antwortverhalten feststellen.

Das nahmen wir zum Ausgangspunkt für Gespräche mit der Polizeidirektion Aus- und Fortbildung der Landespolizei Schleswig-Holstein. Die Leitung, der Leitende Polizeidirektor Jürgen Kobza, und der Fachbereich Allgemeinbildung erwiesen sich als offen und an einer Kooperation interessiert. Wie man das so macht: Am Anfang stand eine „Gemeinsame Stellungnahme zu den Ergebnissen der Umfrageaktion des ‘Arbeitskreises 27. Januar‘“, in der beide Seiten auch ihre unterschiedlichen Interpretationen der Abweichung

7 So hielten beide Seiten in einem gemeinsamen Papier fest: „Das IZRG bewertet die Abweichungen (bei Berücksichtigung aller erwähnten Vorbehalte) als durchaus aussagekräftig. Sie seien jedenfalls als ein Hinweis zu deuten, dass die gesellschaftspolitischen Einstellungen der Polizeischülerinnen und -schüler von dem Durchschnitt ihrer Altersgenossen abweichen, sie im Mittel tendenziell eher Anschluss an rechtsradikale Denkmuster finden könnten. Nach Einschätzung des IZRG habe dies vermutlich weniger mit mangelhafter politischer Bildung im Rahmen der Ausbildung zu tun, sondern deute eventuell auf ein potentiell Problem bei der Rekrutierung hin. Diesem „Anfangsverdacht“ solle, so das IZRG, durch eine valide wissenschaftliche Untersuchung nachgegangen werden. Die Vertreter des Fachbereichs Allgemeinbildung der PD AFB bewerteten die abweichenden Ergebnisse einzeln und in ihrem jeweiligen Ausbildungszusammenhang. So spiegelte die unterschiedliche Haltung der Befragten zum Holocaustdenkmal eine differenziertere Position als bei den Vergleichsgruppen wider, da sich die Polizeischülerinnen und -schüler im Rahmen ihrer Ausbildung und einer Exkursion sehr intensiv mit dem Denkmal und seinem problematischen Entstehungszusammenhang auseinandergesetzt hätten. Die Abweichungen hinsichtlich der Bedeutung des Nationalsozialismus seien mit einer unterschiedlichen Aufnahme der Frage zu erklären: Die Befragten hätten die Frage im Rahmen von Bildungs-Controlling eingeordnet und auf ihren unmittelbaren beruflichen Nutzen bezogen. Außerdem beschere ein höheres Durchschnittsalter ein höheres Maß an Abgeklärtheit gegenüber den Vergleichsgruppen. Durch die intensive Auseinandersetzung und reale Erfahrung mit rechtsextremen Parteien im Rahmen von Polizeieinsätzen würden wehrbereite Polizisten in diesen zudem keine besonderen Gefahren erkennen.“ Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte und Polizeidirektion Aus- und Fortbildung der Landespolizei Schleswig-Holstein zu Teilergebnissen der Umfrageaktion des „Arbeitskreises 27. Januar“.

8 Vereinbarung Kobza und Danker in Eutin am 4.2.2007.

9 Er wird ggf. zu den Daten eigenständig publizieren.

10 Ebenfalls zu großem Dank sind die Autoren Herrn Prof. Dr. Hans-Werner Prahll verpflichtet für seine klugen und hilfreichen Hinweise bei der Planung der Untersuchung.

11 Die Ergebnisse der Studie werden im Rahmen der Diplomarbeit veröffentlicht werden.

12 Vgl. zum Untersuchungsdesign Grafik unter www.izrg.de/105.html.

13 Vgl. 5 Millionen Deutsche: „Wir sollten wieder einen Führer haben ...“ Die SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen. Reinbek 1981.

notierten.⁷ Das gemeinsame Papier enthielt auch die Verabredung, dass das IZRG auf wissenschaftlicher Grundlage eine valide neue Umfrage entwickeln, durchführen und auswerten solle. Die Polizeidirektion werde die Kosten tragen sowie Entwicklung von Fragebogen und Umfragedesign sowie die Durchführung teilnehmend begleiten.⁸

Konzeption und Durchführung der zweiten Umfrage. Zentral für die zweite Umfrage war also die Frage nach rechtsextremen Einstellungspotentialen bei der Polizeidirektion Aus- und Fortbildung der Landespolizei Schleswig-Holstein, insbesondere in Relation zu vergleichbaren Gruppen. Zudem wollten wir die Gelegenheit nutzen, um Fragen zum erweiterten Geschichtsbewusstsein zu platzieren.

Bei der Konzipierung des Fragebogens wurden wir durch den ausgewiesenen Sozial- und Politikwissenschaftler der Universität Stuttgart PD Dr. Horst-Alfred Heinrich intensiv beraten,⁹ dem wir großen Dank für seinen Einsatz schulden.¹⁰ Auf seinen Vorschlag hin integrierten wir als weiteren Untersuchungsaspekt Skalen, welche die Validität gängiger Ansätze zur Messung eines sozial erwünschten Antwortverhaltens überprüfen sollten. Konzipiert und ausgewertet wurde dieser Teil im Rahmen einer von Horst-Alfred Heinrich betreuten Diplomarbeit von Frau Susanne Ehrlich (Gießen).¹¹

Da von Anfang an die Auszubildenden der Polizeidirektion als eine Teilgruppe feststanden, war es wichtig, relevante Vergleichsgruppen heranzuziehen, die nach Gruppengröße, Alter, Lebenssituation (Ausbildung) und Zusammensetzung ein möglichst hohes Maß an Validität aufwiesen. Wir wählten Studierende der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistungen in Altenholz (Fachbereiche Polizei und Allgemeine Verwaltung), Studierende der Universität Flensburg (BA International Management, BA Vermittlungswissenschaften) sowie Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen des Kreises Ostholstein (verschiedene Klassen der Beruflichen Gymnasien und der Fachoberschulen) aus.¹²

Ausgehend von der damals wegweisenden SINUS-Studie über rechtsextreme Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1981¹³ sind in den Folgejahren, insbesondere seit Anfang der 1990er Jahre, eine Reihe weiterer Studien erstellt worden, die sich mit rechtsextremistischen Einstellungen bzw. Einstellungspotenzialen be-

schäftigten.¹⁴ In der Forschung durchgesetzt hat sich als Arbeitsdefinition des Begriffs „Rechtsextremismus“ ein Kompromiss führender Experten aus dem Jahr 2001: „Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“¹⁵ Davon ausgehend besteht in der Rechtsextremismusforschung weitgehend Einigkeit darüber, dass das beschriebene Einstellungsmuster insgesamt sechs Dimensionen beziehungsweise Komponenten umfasst:

- Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur
- Chauvinismus
- Ausländerfeindlichkeit
- Antisemitismus
- Sozialdarwinismus
- Verharmlosung des Nationalsozialismus

Im Vordergrund der Umfrage des IZRG stand die Untersuchung der rechtsextremen Einstellungspotentiale. Ausgehend von der Kernfragestellung, die Einstellungspotentiale einer bestimmten Gruppe mit denen anderer Gruppen zu vergleichen, war es sinnvoll, durch die Verwendung bereits erprobter Methoden und Sensoren ein möglichst hohes Maß an Vergleichbarkeit zu Referenzstudien herzustellen – in Form einer replication with all errors. Die den Referenzstudien entnommenen Skalen (also Themenfelder, die in unserem Fall jeweils aus fünf Einzelfragen, items, zusammengesetzt sind) basieren auf einem Fragebogen, der 2004 als Ergebnis einer zweiten Konsensus-Konferenz entwickelt wurde.¹⁶ Die entsprechenden Skalen machen den Großteil und den Kern des Fragebogens aus.¹⁷

Verwendet wurden überwiegend zwei Versionen voll verbalisierter ‘Likert-Skalen’ mit Fünfer-Lösungen: Die Antwortbreite reichte von „trifft überhaupt nicht zu“ (-2), „trifft nicht zu“ (-1), „trifft teils zu, teils nicht“ (0), „trifft zu“ (+1) bis hin zu „trifft vollkommen zu“ (+2) beziehungsweise von „lehne voll und ganz ab“ (-2), „lehne ab“ (-1), „stimme teils zu, teils nicht“ (0), „stimme zu“ (+1) bis hin zu „stimme voll und ganz zu“ (+2). Eine hervorzuhebende Besonderheit – vor allem mit Blick auf die Vergleichsstudien – ist unsere Erhebungsform. Anders als die „Berliner Studie“ oder die „Leipziger Studie“¹⁸, die 2003 Daten per Telefoninterviews beziehungsweise 2006 in Form von Face-to-Face-Interviews erhoben, fiel angesichts des zu begrenzenden Aufwands und der dafür sehr umfangreichen Stichprobe (angestrebt wurde eine Zahl von etwa 1000 Befragten) die Entscheidung, die Fragebögen schriftlich durch die Befragten ausfüllen zu lassen. Und: Die Befragten wurden institutionell im Rahmen ihrer Ausbildung einbezogen.

Die Erhebung der Fragebögen in allen vier Teilgruppen wurde in möglichst großer zeitlicher Nähe zueinander (zwischen dem 27. 10.

14 Bspw. Jürgen W. Falter: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994. Zusammenfassend herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Abteilung Dialog Ostdeutschland: Richard Stöck: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin 2007, S. 62ff. unter besonderer Berücksichtigung der 2006 vom „Forum Berlin“ der FES vorgelegten Studie von Oliver Decker/Elmar Brähler (unter Mitarbeit von Norman Geißler): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin 2006.

15 So die „mit Bauchschmerzen“ zustande gekommene Arbeitsdefinition der „Ersten Expertenkonferenz zur Ausarbeitung einer Empfehlung für die Messung von rechtsextremer Einstellung in Deutschland“, 28./29. März 2001, Berlin. Zitiert nach Joachim Kreis: Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum 12. Berlin 2007, S. 5.

16 Tagungsbericht zur Zweiten Expertenkonferenz zur Ausarbeitung einer Empfehlung für die Messung von rechtsextremer Einstellung in Deutschland, 29./30. März 2004, Berlin. Abgedruckt bei Kreis: Probleme und Kontroversen, S. 17-25.

17 Die drei Fragebogenversionen sind online einsehbar unter www.izrg.de/105.html

18 So die Kurzform der beiden aktuellsten Referenzstudien zum Thema „Rechtsextreme Einstellungen“ in Deutschland, vgl. Joachim Kreis: Zur Messung von rechtsextremer Einstellung: Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum 12. Berlin 2007. Die „Leipziger Studie“ ist veröffentlicht von Oliver Decker/Elmar Brähler (unter Mitarbeit von Norman Geißler): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin 2006.

und 4. 11. 2008) durchgeführt, um Ergebnisverzerrungen zu minimieren, die durch die Behandlung aktueller politischer Ereignisse in den Medien entstehen können. Die Befragten waren im Vorwege über Ziele und Hintergründe der Befragung – soweit es sich nachvollziehen lässt – lediglich in groben Zügen informiert. Die beteiligten Lehrkräfte und Dozentinnen und Dozenten wurden durch ein Anschreiben über Untersuchungsdesign und die wichtigsten Begleitinformationen in Kenntnis gesetzt. Den Befragten wurde der Fragebogen gruppenweise vorgelegt. Nach einer kurzen mündlichen Einführung füllten sie ihn eigenhändig alleine aus.

Die Stichprobe umfasste insgesamt 981 Befragte und setzte sich aus vier etwa gleich großen Teilgruppen zusammen. Diese weisen einige Unterschiede hinsichtlich der Zusammensetzung nach Alter und nach Geschlecht auf. Das Durchschnittsalter schwankt zwischen 19 Jahren (Berufliche Schulen) und 24,5 Jahren (Fachhochschule); die Studierenden der Universität Flensburg sind zu knapp 2/3 weiblich, die Auszubildenden der Polizeidirektion hingegen nur zu 1/3.¹⁹ Die Teilgruppen differieren zudem nach dem Bildungsprofil: So geben beispielsweise 86 Prozent der Flensburger Studierenden das Abitur als höchsten Bildungsabschluss an, jedoch nur 34 Prozent der Auszubildenden der Polizeidirektion (wobei der Anteil von missings mit 42 Prozent enorm hoch ist).²⁰ Auf die Gesamtgruppe bezogen liegt der Anteil mit (mindestens) 55 Prozent Abiturienten enorm hoch.²¹

Ausgewählte Ergebnisse. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung an ausgewählten Beispielen vorgestellt. Dabei geht es zunächst um die zentrale Fragestellung nach dem Vergleich der jeweiligen Teilgruppen untereinander. Die Angaben beziehen sich jeweils auf das durchschnittliche Antwortverhalten sowie die Verteilung der Antworten. Das Interesse an Politik im Allgemeinen zeigte sich vergleichsweise hoch, was in Abstufungen für alle Teilgruppen galt, jedoch kontrastiert wird durch die Selbsteinschätzung bezüglich der eigenen politischen Kenntnisse, die deutlich zurückhaltender ausfiel.

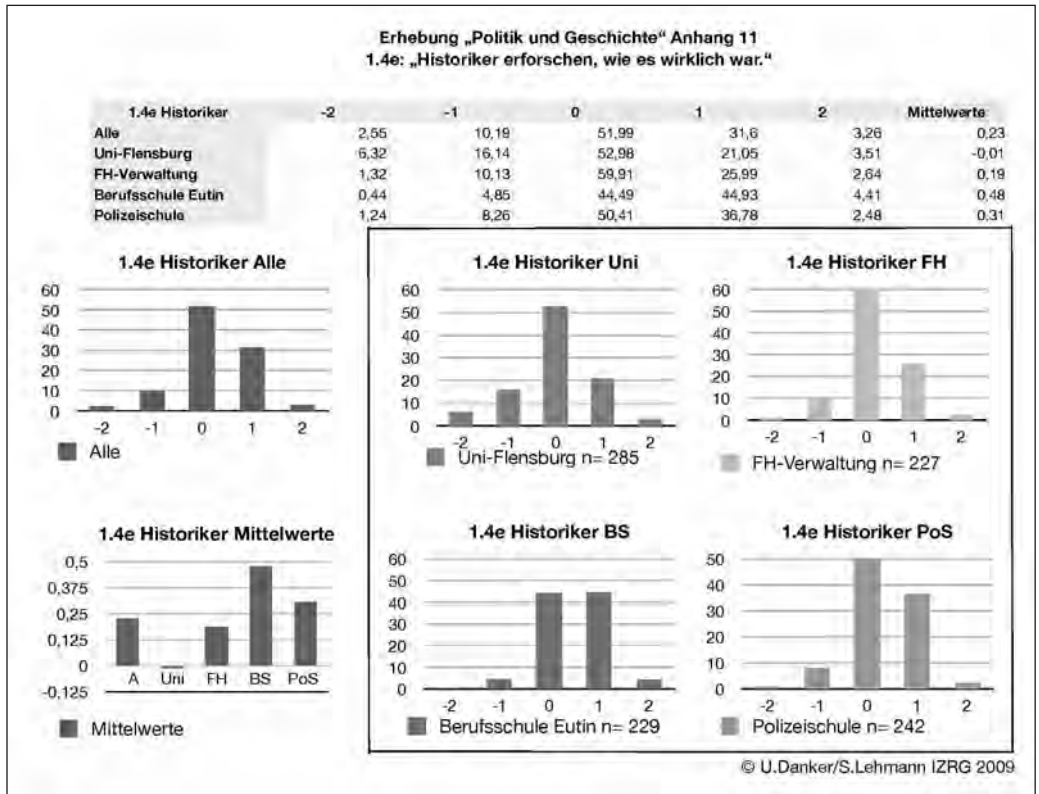
Zunächst kurze Bemerkungen zu den Hinweisen auf das Geschichtsbewusstsein der Befragten²²: Gefragt nach den Quellen ihres historischen Wissens weisen alle Teilgruppen ein nahezu identisches Vertrauen zur Schule als Vermittlungsinstanz auf. Darin drückt sich eine verbreitete Unterschätzung der Wirkmacht außerschulischer Quellen – etwa des Fernsehens, Stichwort Guido Knopp – für die Vermittlung von Geschichtsbildern aus. Als wichtig erachteten die Befragten das „Wissen über die Geschichte meines eigenen Volkes“ für die eigene Identität – wobei die Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen sich deutlich zurückhaltender äußerten, was (abgesehen von dem niedrigeren Durchschnittsalter) als Indiz für die Tendenz zu einem sozial erwünschten Antwortverhalten zu nehmen ist. Etwa nach dem Prinzip: Sie ahnen, was ihre Lehrkräfte wohl hören wollen. Die zur Einschätzung auf dem Fragebogen vorgelegte Aus-

19 Vgl. Grafik Nr. 4 auf www.izrg.de/105.html

20 Vgl. Grafik Nr. 5 auf www.izrg.de/105.html.

21 Bei der Referenzstudie „Vom Rande zur Mitte“ betrug der Anteil der Befragten mit dem Abitur als höchstem Bildungsabschluss lediglich 7,6% (zuzüglich der 6,5% mit abgeschlossenem Studium beträgt der Anteil 14,1%). Vgl. Vom Rande zur Mitte, S. 31.

22 Alle Ergebnisse sind – zum Teil ausführlicher erläutert – in grafisch aufbereiteter Form online abrufbar unter www.izrg.de/105.html.



sage „Geschichte besteht aus Fakten, über die man nicht wirklich streiten kann“ zielte darauf ab, inwieweit den Befragten der Konstruktionscharakter von Geschichte bewusst ist: Wieweit ihnen also klar ist, dass alle Geschichtserzählungen retrospektiv erzeugte, von Auswahl, Intention, Weltbild usw. des Erzählenden gesteuerte Deutungen darstellen und keine objektive Wiedergabe von Vergangenheit – eine Erkenntnis, die als ein Grundstein für ein reflektiertes Geschichtsbewusstsein angenommen wird. Hier zeigt sich deutlich – im Gegensatz zu den anderen Teilgruppen – bei einem Teil der Flensburger Studierenden eine vorliegende ‘professionelle Skepsis’ (Abb. 5), die sich auch bezogen auf die eigene Rolle als „Historiker“ äußert: Während Berufs- und Polizeischüler und -schülerinnen in der Regel der Aussage zustimmen, Historiker erforschen, „wie es wirklich war“, sind Flensburger Studierende da zurückhaltender. Wir können das als Ausdruck dafür lesen, dass Flensburger Geschichtsstudierende, die ja eine Teilgruppe der befragten Studierenden stellten, ihre zukünftige Rolle intensiv zu hinterfragen gewohnt sind.

Abbildung 5

Der zentrale Teil der Umfrage bezog sich auf die rechtsextremen Einstellungspotentiale der Befragten. Die Referenzstudien setzten den cutting-point, also den Schwellenwert, ab dem von einem Rechtsextremismuspotential gesprochen werden kann, unterschiedlich hoch.²³ Unstrittig ist, dass bezogen auf einzelne Fragen

²³ Vgl. Kreis: Probleme und Kontroversen, S. 29ff.

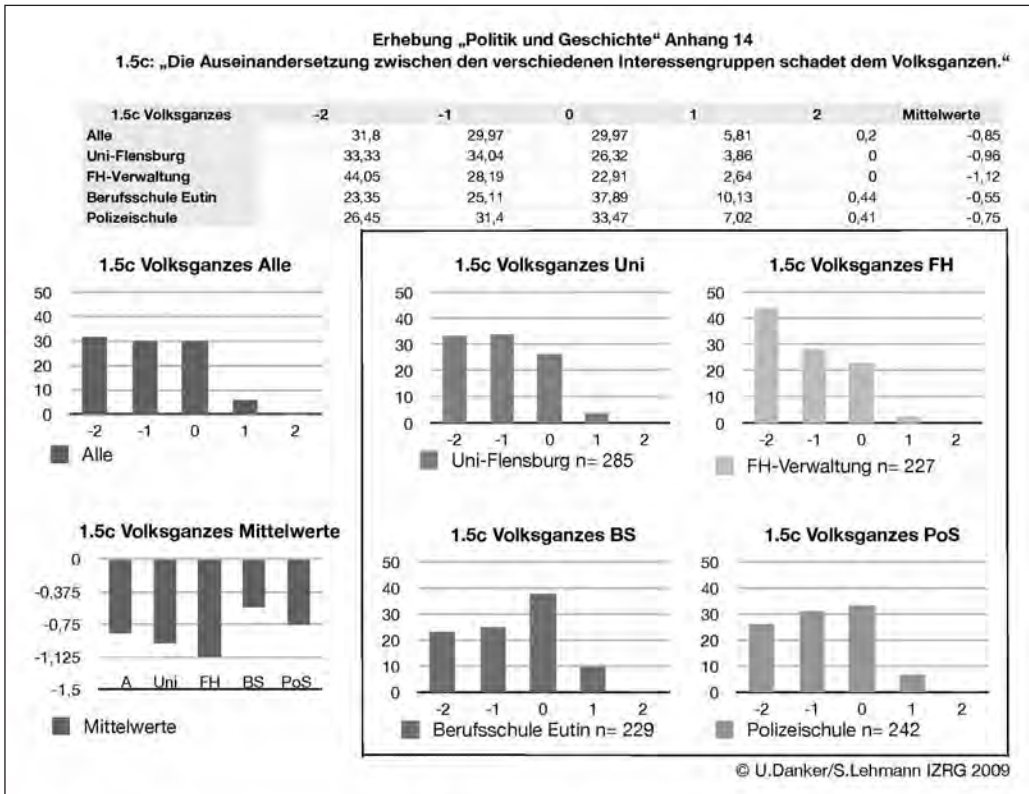
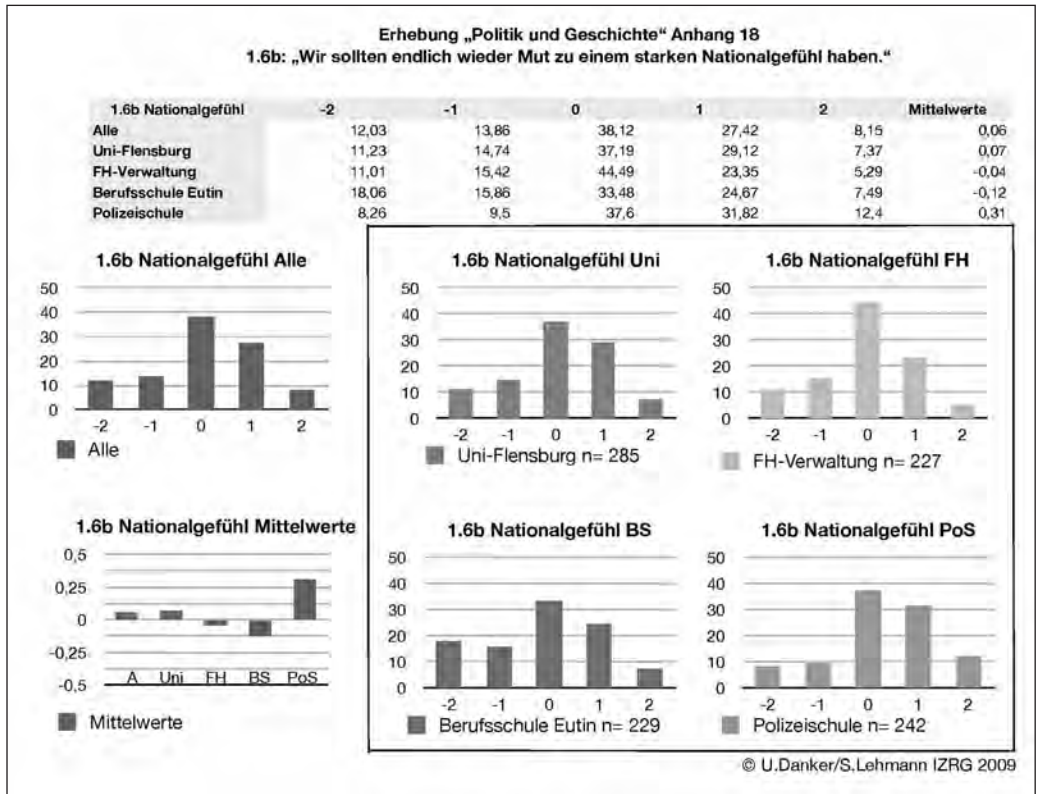


Abbildung 6

(„items“) dieser Schwellenwert bereits zwischen der scheinbar neutralen Mitte („stimme teils zu, teils nicht“) und +1 („stimme zu“) auf der Skala liegt. Die bei einer ganzen Reihe von items wahrnehmbare Tendenz, die vermeintlich neutrale Mitte („stimme teils zu, teils nicht“) zu wählen, ist problematisch, da „teils/teils-Antworten“ schwer interpretierbar sind. Sie lassen sich möglicherweise als Ausdruck sozial erwünschten Antwortverhaltens deuten, mit dem die Befragten eine Erwartungshaltung auf Seiten der Durchführenden annehmen und bewusst oder unbewusst bedienen. (Die beiden gesondert eingesetzten Fragenkomplexe zur Untersuchung der ‘sozialen Erwünschtheit‘ erwiesen sich in dieser Hinsicht leider als nicht aussagekräftig.)

Der erste, aus fünf items bestehende Abschnitt bezog sich auf die Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur und wies bezogen auf die Teilgruppen eine überwiegend gleich starke Ablehnung auf – mit einer deutlichen Ausnahme: Bei der auf Vermeidung von gesellschaftlicher Pluralität zielenden Aussage „Die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Interessengruppen schadet dem Volksganzen“ (Abb. 6) wichen sowohl Berufsschülerinnen und -schüler wie auch Auszubildende der Polizeifachschule Eutin deutlich von den beiden akademischen Teilgruppen ab. Ihre geringere Bereitschaft, diese Aussage abzulehnen, zeigt ein Konflikte ablehnendes, harmonisierendes gesellschaftliches Integrationsbedürfnis. Diese Frage



wies auch die stärksten Zustimmungswerte der Skala auf: Sechs Prozent der Gesamtgruppe und 7,4 Prozent der Polizeischüler und -schülerinnen stimmten der Aussage zu.

Abbildung 7

Stärker zeigt sich das Abweichen der Teilgruppe der Auszubildenden der Polizeidirektion (zum Teil gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern der Beruflichen Schulen) beim Komplex Chauvinismus, bei dem sie deutlich weniger Ablehnung beziehungsweise sogar stärkere Zustimmung äußerten. Das gilt sowohl für die eigentlich für diese Altersgruppen nicht mehr relevante Aussage zur Rückgewinnung der „verlorenen Gebiete östlich der Oder und Neiße“ als auch für die Aussage „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ (Abb. 7). Die starke Zustimmung bei Letzterer ist auf den ersten Blick frappant, zumal es das einzige item mit durchschnittlich positiven Werten im gesamten Komplex rechts-extremer Einstellungspotentiale ist. 35,5 Prozent aller Befragten und sogar 44,2 Prozent der Auszubildenden der Polizeidirektion Aus- und Fortbildung der Landespolizei Schleswig-Holstein stimmten dieser Aussage zu ! Allerdings halten wir ernsthafte Zweifel daran für angebracht, ob dieses item wirklich geeignet scheint, eine manifeste rechtsextreme Einstellung abzubilden, zumal vor dem Hintergrund einer breiten und populären Renaissance nationaler Symbole im Zusammenhang mit der in Deutschland veranstalteten Fußballweltmeisterschaft im Sommer 2006.

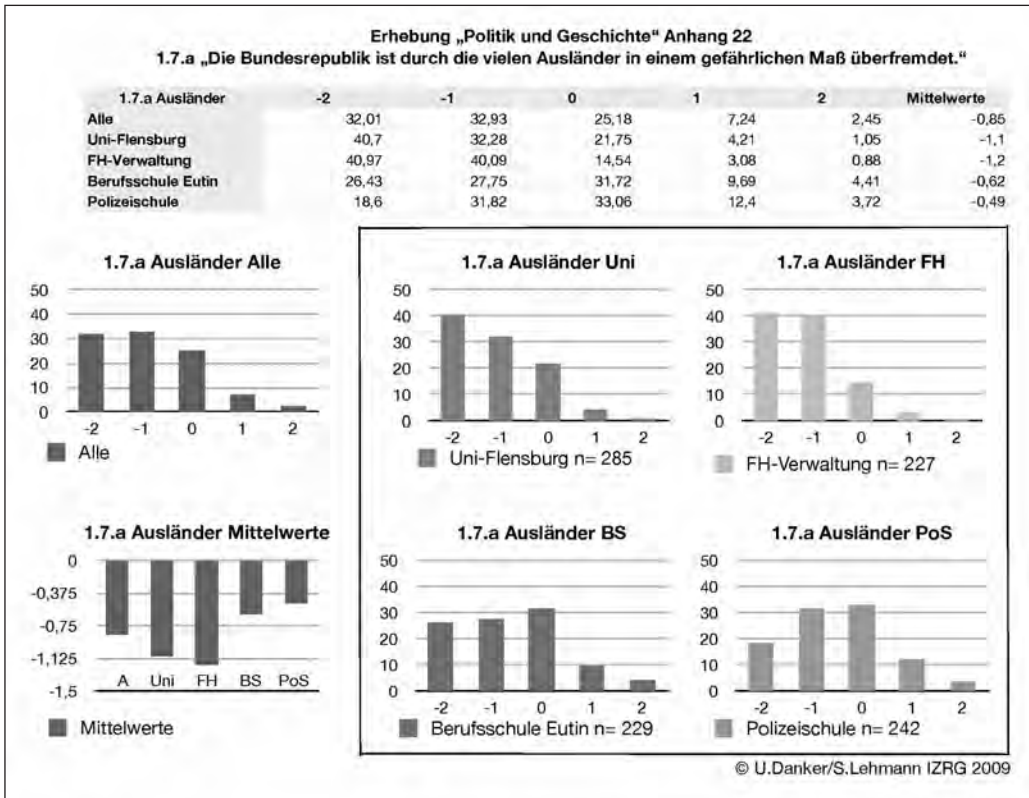
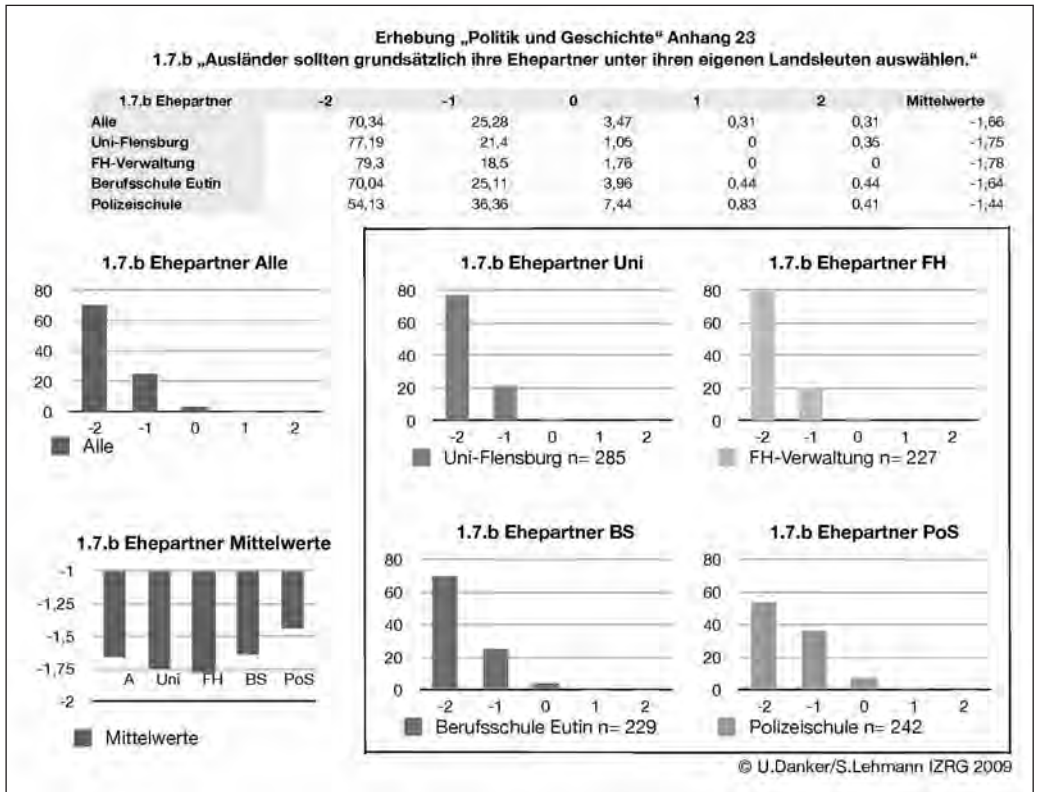


Abbildung 8

Zu den zentralen Bestandteilen geschlossener rechtsextremer Einstellungen gehört Ausländerfeindlichkeit. Die Ergebnisse der fünf darauf bezogenen items zeigen deutlicher als die vorhergehenden Skalen das von den übrigen Teilgruppen abweichende Antwortverhalten der Polizeischüler und -schülerinnen und – zum Teil etwas weniger deutlich – auch der Schülerinnen und Schüler der Beruflichen Schulen. So beispielsweise bezogen auf die Aussage, dass die „Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei (Abb. 8). 9,7 Prozent der Gesamtgruppe und 16,1 Prozent der Auszubildenden der Polizei stimmten dieser Aussage zu. Zudem gruppierten sich viele Befragte der beiden genannten Gruppen in oder nahe der vermeintlich neutralen ‘Mitte’ ein (25 bzw. 33 Prozent), obwohl mit „Überfremdung“ ein eindeutig ausländerfeindlich belegtes Signalwort angeboten und noch gesteigert wurde. Insgesamt halten wir es für bemerkenswert, dass sich auch die beiden anderen Gruppen nicht in erwartbarem Maß von der Aussage distanzieren: Lediglich jeweils knapp 40 Prozent der Studierenden der Fachhochschule und der Universität lehnten die Aussage voll und ganz ab. Bestätigt wird diese Tendenz durch das ähnliche Antwortverhalten bei der Aussage, dass „Ausländer“ nur hierher kämen, „um unseren Sozialstaat auszunutzen“ – eine Vorstellung, die ebenfalls zum gängigen Repertoire xenophober Vorurteile gehört – und schreibt sich fort bei der Forderung nach kultureller Assimilati-



on in Deutschland lebender Ausländer. Hier ist jeweils die Zahl der Zustimmenden gering, die 'Flucht' in „teils/teils-Antworten“ jedoch enorm (innerhalb der Teilgruppen zwischen vierzig und knapp fünfzig Prozent !). Bei der wichtigen Rassismus-Frage zur Partnerwahl innerhalb der eigenen Ethnie zeigten sich interessante Abweichungen: Lehnten in den Vergleichsgruppen zwischen 70 und 80 Prozent der Befragten die Aussage „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen“ „voll und ganz“ ab, taten das weniger als 55 Prozent der Auszubildenden der Polizeidirektion Aus- und Fortbildung der Landespolizei Schleswig-Holstein, wobei der Anteil der zustimmenden Antworten allerdings marginal blieb (Abb. 9). Eine ähnlich abweichende Tendenz zeigte sich bei der Forderung, bei knapper werdenden Arbeitsplätzen „die Ausländer wieder in ihre Heimat zu schicken“.

Abbildung 9

Nur geringe Unterschiede zwischen den einzelnen Teilgruppen zeigen sich ebenfalls bei den fünf Fragen zur Messung von Antisemitismus, der als integraler Bestandteil rechtsextremer Einstellung gilt: Die Studierenden wiesen in ihrem Antwortverhalten ein etwas stärkeres Abgrenzungsverhalten gegenüber antisemitischen Aussagen als die Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildenden auf. Grundsätzlich ist hier jedoch die Distanz zu antisemitischen Einstellungen durchweg sehr hoch, vergleichsweise homogen und eindeutig, was wir für einen beruhigenden Befund halten.

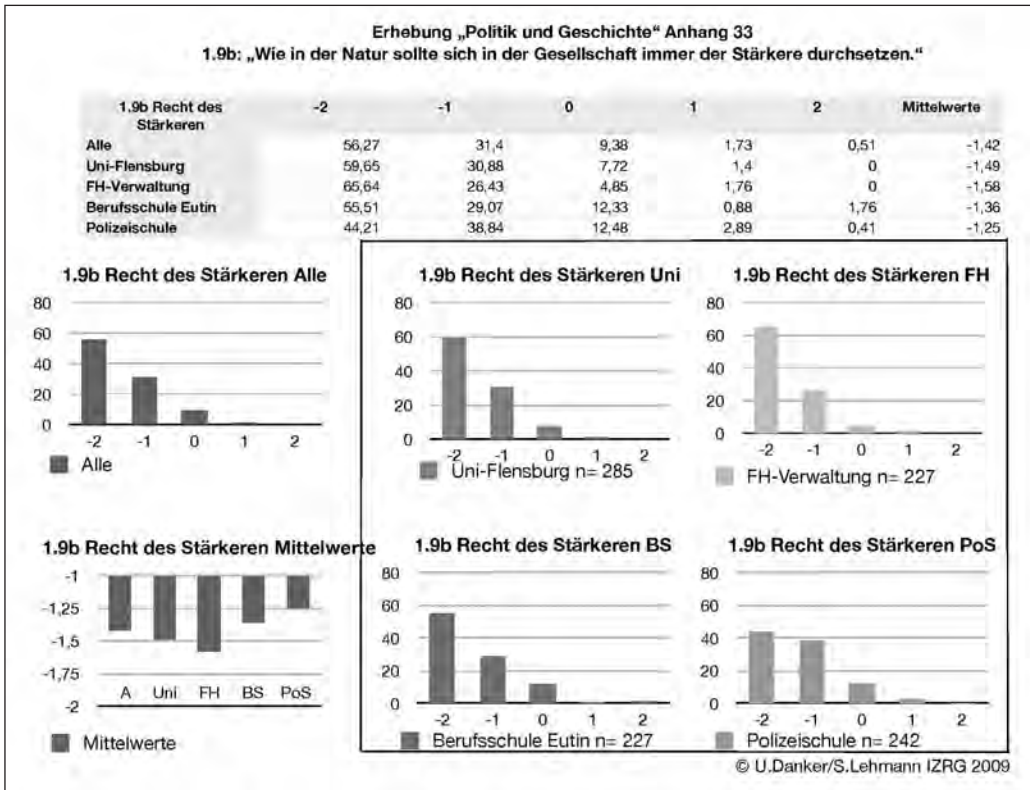
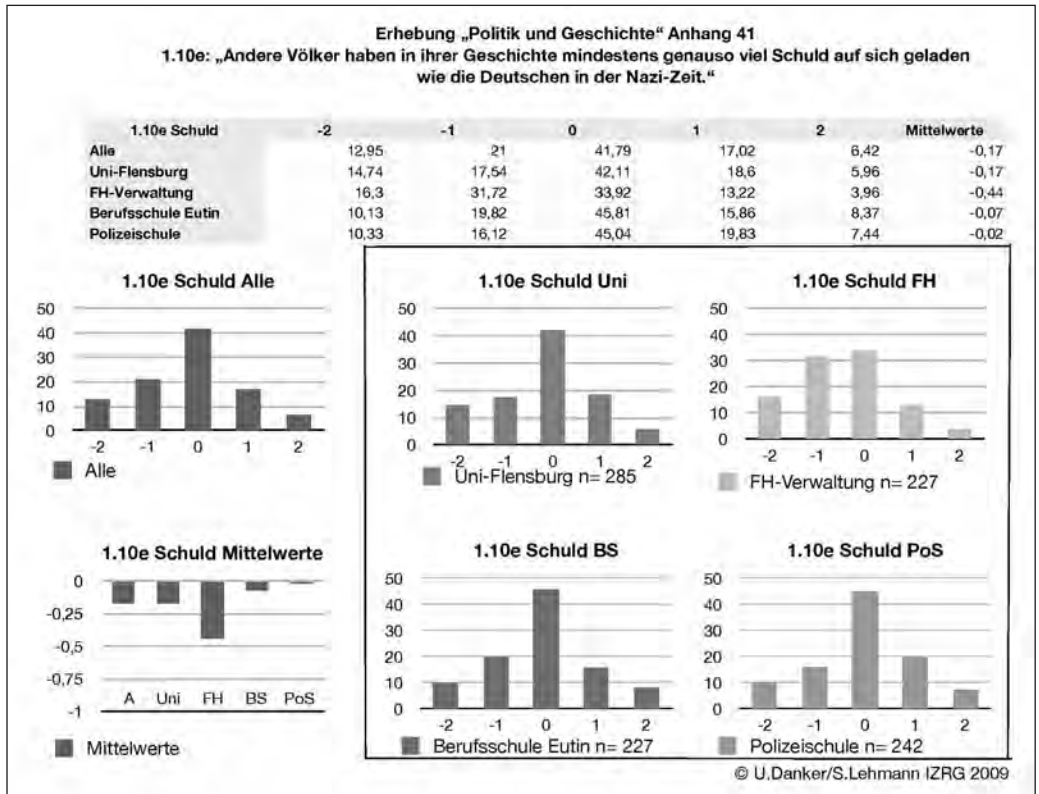


Abbildung 10

Die Vorstellung einer Biologisierung des gesellschaftlichen Lebens bildet den Hintergrund für den Komplex Sozialdarwinismus mit wieder fünf Fragen: Ob eine natürliche Überlegenheit „der Deutschen“ gegenüber anderen „Völkern“, die Vorstellung vom „Recht des Stärkeren“ in der Gesellschaft oder die Notwendigkeit einer Unterscheidung zwischen „wertvollem“ und „unwertem Leben“ behauptet wird, oder der „Aufwand für die Betreuung und Pflege von Behinderten“ beklagt, schließlich auch ein Verbot für „Geistesranke“, „Kinder zu bekommen“ propagiert wird: Die bei den anderen Themen wahrnehmbare Staffelung im Antwortverhalten zwischen den einzelnen Teilgruppen schreibt sich auch hier fort. Grundsätzlich aber ist der Ablehnungsgrad in allen Teilgruppen sehr hoch! Die Zustimmungsraten bewegen sich bei der Gesamtgruppe zwischen 0,5 und 4,7 Prozent und bezogen auf die Polizeischüler und -schülerinnen zwischen 0,4 und 6,2 Prozent. Bemerkenswert erscheint uns jedoch, dass lediglich 48 bis knapp 60 Prozent der Befragten ein Gebärverbot für Geistesranke und nur 44 bis 66 Prozent das Durchsetzen des Stärkeren in der Gesellschaft (Abb. 10) vollständig ablehnen.

Eine Verharmlosung des Nationalsozialismus zählt ebenfalls zu den Kernbestandteilen rechtsextremer Einstellungen. Das Antwortverhalten ist bei den einzelnen Fragen verschieden. So zeigten die Befragten mit Zustimmungsraten um ein Prozent eine klare Distanz



zu der Aussage, dass die „Verbrechen des Nationalsozialismus“ in der „Geschichtsschreibung weit übertrieben worden“ seien. Vergleichsweise weniger strikt ist die Abgrenzung gegenüber den Behauptungen, dass der Nationalsozialismus „auch gute Seiten“ gehabt hätte²⁴ und dass „ohne die Judenvernichtung“ „Hitler heute als großer Staatsmann“ angesehen werden würde²⁵. Ein gänzlich anderes Muster zeigt das Antwortverhalten hinsichtlich eines „Schlussstrichs unter der Nazi-Vergangenheit“: Insbesondere bei der Polizeifachschule und den Beruflichen Schulen wird – vor allem im Vergleich mit anderen Fragekomplexen – ein deutlicher Überdruß bei dem Thema erkennbar.²⁶ Auffällig sind die vergleichsweise hohen Antwortwerte für die scheinbar neutrale Mitte („stimme teils zu, teils nicht“). Dieses durchaus als ‘Flucht’ vor einer eindeutigen Positionierung interpretierbare Antwortverhalten findet sich auch bei der Aussage „Andere Völker haben in ihrer Geschichte mindestens ebenso viel Schuld auf sich geladen wie die Deutschen in der Nazi-Zeit“, die eine Relativierung deutscher Verbrechen in der NS-Zeit anbietet (Abb. 11). Die augenscheinliche Indifferenz drückt sich dadurch aus, dass über 40 Prozent der Befragten diese Antwort wählten, ebenso wie durch die Tatsache, dass der Durchschnittswert der Antworten mit -0,17 nicht nur quasi der Nullgrenze entspricht, sondern auch gleichzeitig der zweithöchste Durchschnittswert aller verwendeten Rechtsextremismus-Items darstellt!²⁷ Jeder Fünfte aller

Abbildung 11

24 Hier lag die Zustimmungsrate bei der Gesamtgruppe bei 4,9 Prozent, bei den Auszubildenden der Polizeidirektion bei 6,6 Prozent.

25 2,5 Prozent Zustimmung bei der Gesamtgruppe, 5 Prozent bei den Polizeischülern und -schülerinnen.

26 Bemerkenswerterweise korrespondiert dieses Antwortverhalten nur wenig mit dem bezüglich der Aussage, „dass das Thema Nationalsozialismus in der Schule zu intensiv behandelt“ werde, das deutlich mehr Interesse an dem Thema NS suggeriert.

27 Höher, nämlich bei +0,08, lag lediglich der Durchschnittswert des Antwortverhaltens bei der Aussage „Wir sollten endlich mehr Mut zu einem starken Nationalgefühl haben“.

Befragten und mehr als jeder vierte Befragte der Polizeidirektion Aus- und Fortbildung der Landespolizei Schleswig-Holstein schloss sich dieser eindeutig revisionistischen Aussage an.

Schlüsse: Fasst man die Ergebnisse der Untersuchung bezogen auf den Entstehungskontext der Umfrage zusammen, so ist festzustellen, dass bezogen auf den Vergleich zwischen den einzelnen Teilgruppen die Polizeidirektion Aus- und Fortbildung der Landespolizei Schleswig-Holstein – und weniger deutlich auch die Beruflichen Schulen – leicht, aber dennoch signifikant abweicht. Bei jeder einzelnen Rechtsradikalismus-Skala liegen die Durchschnittswerte der Auszubildenden der Polizeidirektion über denen der Gesamtgruppe sowie – bis auf wenige Ausnahmen²⁸ – auch über denen der Beruflichen Schulen Eutin, die für sich genommen ebenfalls über den Durchschnittswerten der Gesamtgruppe liegen.

Erstes Fazit also: Die Polizeischüler und -schülerinnen weichen leicht, aber signifikant von anderen Teilgruppen ab. Ein Grund zur Sorge oder eingehender Kommentierung liegt indes nicht vor. Denn die Werte an sich sind erstaunlich niedrig; und zwar gilt das für alle Teilgruppen.

Zweites Fazit: Abgesehen von Ausreißern bei einzelnen Fragen lassen sich, bezogen sowohl auf die Gesamtgruppe als auch auf die Auszubildenden der Polizeidirektion, nur vergleichsweise geringe rechtsextreme Einstellungspotentiale feststellen.

Gegliedert nach einzelnen Komponenten zeigen sich unterschiedliche, insgesamt jedoch überwiegend als gering einzuschätzende Ausmaße rechtsextremer Einstellungspotentiale bei der Untersuchungsgruppe. Eindeutig antisemitische Tendenzen schlugen sich nahezu überhaupt nicht nieder, während Referenzstudien für Westdeutschland ein Potential von fünfzehn bis zwanzig Prozent feststellten!²⁹ Nicht ganz so krass, jedoch immer noch sehr deutlich sind die Unterschiede zwischen den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung und den Referenzstudien bei den anderen Rechtsextremismus-Skalen. Zum Vergleich seien hier einige ausgewählte Beispiele aus der „Leipziger Studie“ herangezogen: Konnten sich dabei rund dreißig Prozent der Befragten mit der These identifizieren, dass „ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“ notwendig sei,³⁰ mochten dem in der IZRG-Studie nur sechs Prozent der Befragten zustimmen. Eine „gefährliche Überfremdung“ durch Ausländer erkannten fast vierzig Prozent der Befragten der „Leipziger Studie“,³¹ jedoch nur weniger als zehn Prozent der an der vorliegenden Umfrage Teilnehmenden. In Ersterer stimmten rund zehn Prozent der Aussage zu, dass es „wertvolles und unwertes Leben“ gäbe,³² in Letzterer waren es etwas über ein Prozent. Etwas geringer, aber immer noch klar waren die Unterschiede hinsichtlich der Verharmlosung des Nationalsozialismus. Meinte in der „Leipziger Studie“ jeder Zehnte, dass der „Nationalsozialismus auch gute Seiten“ gehabt hätte,³³ war es in dieser Umfrage jeder Zwanzigste.

28 Vgl. die Werte bei den Grafiken Nr. 14, 29, 34 und 37. Onlinefassung www.izrg.de/105.html.

29 Vgl. Vom Rande zur Mitte, S. 38.

30 Vgl. ebd., S. 36.

31 Vgl. ebd., S. 37.

32 Vgl. ebd., S. 39.

33 Vgl. ebd., S. 41.

Eine denkbare (Teil-)Erklärung für die gravierenden Unterschiede liefert ein Blick auf die Stichprobe: Handelte sich bei der „Leipziger Studie“ um eine die deutschsprachige Allgemeinbevölkerung der Bundesrepublik repräsentierende Stichprobe,³⁴ zeichnete sich unsere Stichprobe durch eine ganze Reihe von Merkmalen aus, die nicht in diesem Sinne repräsentativ sind:

- Es handelt sich insbesondere um vier Gruppen, denen durch ihre Berufsziele (fast durchweg) ein besonders gutes Verhältnis zum aktuellen Staat respektive zur deutschen Gesellschaft unterstellt werden kann. Demokratieverträglichkeit wäre also zu erwarten, und sie tritt auch ein.
- Vertreten ist insbesondere nur eine ganz bestimmte Altersgruppe, nämlich die der zwischen 16- und 30-Jährigen.³⁵ Allerdings haben gerade die Referenzstudien nachgewiesen, dass bei der Mehrzahl der Themen ein Altersunterschied auch unterschiedliche Antworten ergibt, nämlich dass gerade die Gruppe der unter 30jährigen statistisch bedeutsam rechtsextreme Positionen nicht offenbart.³⁶
- Bildung wurde als ein teilweise sehr relevanter Faktor für die Neigung zu rechtsextremen Positionen identifiziert,³⁷ was ebenfalls Auswirkungen auf das Ergebnis der Gesamtgruppe unserer Studie hat, da das Bildungsniveau deutlich über dem der deutschsprachigen Allgemeinbevölkerung liegt. Auch werden damit Hinweise auf die feststellbaren Unterschiede unter den Teilgruppen geliefert !
- Gleiches gilt – wenn auch weniger deutlich – für den Faktor Geschlecht, für den festgestellt wurde, dass weibliche Befragte weniger oft zu rechtsextremen Positionen neigen.³⁸ Hier lässt sich ein weiterer Ansatzpunkt für die unterschiedlichen Ergebnisse insbesondere zwischen den Befragten der Universität Flensburg und der Polizeifachschule Eutin finden.³⁹

Insgesamt betrachtet aber scheinen uns diese Aspekte die sehr gravierenden Abweichungen zu den Leipziger und Berliner Referenzstudien nicht zu erklären. Mögen deren so eindeutige und drastische Ergebnisse auch mit der Erhebungsform (Interviewer, telefonisch und face-to-face), also eventuellen subjektiven Faktoren zu tun haben ? – Wir sind keine Sozialwissenschaftler, eine Bewertung steht uns folglich nicht zu. Aber auffällig finden wir den Befund schon.

Jedenfalls sind bei uns auch Zweifel stark angewachsen, ob die übernommenen Fragen tatsächlich in jedem Fall geeignet sind, belastbare Auskünfte über rechtsextreme Denkweisen und Haltungen bei den Befragten zu erhalten oder nicht. In diesem Zusammenhang bleiben die intensiven Diskussionen mit den Repräsentanten der Polizeidirektion und den Vertretern des Eutiner ‘Arbeitskreises 27. Januar’ für uns sehr wertvoll. Zum Abschluss bleibt uns noch diesen an der Zusammenarbeit maßgeblich beteiligten Personen zu danken: dem Leitenden Polizeidirektor Kobza, dem Leiter des Fachbereichs

34 Vgl. ebd., S. 29ff.

35 Die Altersspanne reichte von 16 bis 40 Jahre, das Durchschnittsalter betrug knapp mehr als 22 Jahre.

36 Vgl. Vom Rande zur Mitte, S. 49f.

37 Vgl. ebd., S. 47f.

38 Vgl. ebd., S. 48.

39 Ca. 2/3 der Befragten der PD AFB waren männlich, während sich das Geschlechterverhältnis der Befragten der Universität Flensburg nahezu umgekehrt gestaltete. Durch die große Zahl der missings bei den Beruflichen Schulen lassen sich in Bezug auf diese Teilgruppe keine Ableitungen treffen. Für die Fachhochschule, bei deren Befragten sich das zahlenmäßige Geschlechterverhältnis nahezu ausgeglichen zeigte, scheint der Faktor Geschlecht weniger erklärungsmächtig als der Faktor Bildung.

Allgemeinbildung der PD AFB, Andreas Schütt, dem Dekan des Fachbereichs Polizei der Verwaltungsfachhochschule in Altenholz, Hartmut Brenneisen, dem Leiter der Beruflichen Schulen des Kreises Eutin, Helmut Landsiedel sowie Prof. Dr. Klaus Wächtler und Herrn Isecke-Vogelsang vom „Arbeitskreis 27. Januar“.